



BMWSB, Krausenstraße 17 - 18, 10117 Berlin  
Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel  
e.V.  
Präsidentin  
Frau Katharina Metzger  
Am Weidendamm 1a  
10117 Berlin  
Per Mail: [info@bdb-bfh.de](mailto:info@bdb-bfh.de)

Sören Bartol  
Parlamentarischer Staatssekretär  
Krausenstraße 17 - 18  
10117 Berlin  
Tel. +49 30 18 335-16119  
[pstb@bmwsb.bund.de](mailto:pstb@bmwsb.bund.de)  
[www.bmwsb.bund.de](http://www.bmwsb.bund.de)

—  
  
Sehr geehrte Damen und Herren,

—  
  
die Bauwirtschaft hat nicht nur wegen der notwendigen Investitionen in den bezahlbaren und klimagerechten Wohnungsbau eine besondere Bedeutung für unseren Wirtschaftsstandort. Sie trägt mit rd. 6 Prozent der Bruttowertschöpfung und rd. 2,7 Millionen Beschäftigten einen entscheidenden Anteil zur deutschen Wirtschaftsleistung bei und spielt in den Wertschöpfungsketten eine zentrale Rolle. Die Bauinvestitionen machen rd. 12 Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts aus.

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren 2023 sehr schwierig. Ursächlich dafür waren vor allem die hohe Inflation –getrieben durch stark steigende Energiekosten- und der rasche Anstieg der Zinsen und die damit verbundenen Folgen für die Baufinanzierung. Auch die stark gebremste Nachfrage infolge erhöhter Baukosten und sinkenden realen Einkommen der Haushalte spielten eine Rolle.

Die Bundesregierung hat darauf mit zahlreichen Maßnahmen reagiert, viele haben wir im Bündnis bezahlbarer Wohnraum gemeinsam diskutiert. Ich nenne exemplarisch die starke Erhöhung der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau, die Anhebung der linearen Afa, die Einführung der Sonder-Afa für den Wohnungsneubau, die geplante Einführung der degressiven Afa für den Wohnungsneubau, die Maßnahmen zur Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung und vor allem die Förderprogramme für den Klimafreundlichen Neubau (KfN) und die Wohneigentumsförderung für Familien (WEF).



Seite 2 von 2

Gleichwohl bleibt die Lage in der Bauwirtschaft in 2024 weiter angespannt. Die realen Bauinvestitionen gehen in 2024 nach aktueller durchschnittlicher Einschätzung der Institute um 1,7 Prozent zurück. Bezahlbarer Wohnraum gerade in Städten und Ballungsgebieten ist weiterhin knapp.

Daher hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages dem BMWBS am Donnerstag, 18.01.2024 ein weiteres Förderprogramm ermöglicht und damit eine Milliarde Euro zusätzlich mobilisiert. Es soll kurzfristig wirken und ist daher zeitlich auf 2024 und 2025 befristet. Für 2025 ist eine weitere Milliarde geplant.

Es soll neben der Neubauförderung (KFN/WEF) und der sozialen Wohnraumförderung als 3. Säule zur Förderung des Wohnungsbaus im mittleren Preissegment eine weitere Zinsverbilligungsförderung etablieren. Mit diesem neuen Programm sollen Neubauten gefördert werden, die über den gesetzlich vorgeschriebenen Energieeffizienzstandard (EH 55) hinaus eine Einsparwirkung haben, die über den Lebenszyklus mindestens der CO<sub>2</sub>-Einsparung von EH40 entsprechen. Durch Kriterien wie die Begrenzung der zu fördernden Baukosten und Wohnfläche sollen dabei auch die Realisierung neuer innovativer Konzepte im Wohnungsneubau unterstützt werden und damit auch ein zusätzlicher Mehrwert für den Klimaschutz geschaffen und besonders in Ballungsgebieten mehr bezahlbarer Wohnraum entstehen.

Das BMWBS wird nun in den nächsten Wochen mit Hochdruck die konkreten Förderkriterien ausarbeiten und steht bereits in Kontakt mit der KfW, um einen sehr zügigen Programmstart zu ermöglichen. Sobald die Kriterien feststehen, werden wir zeitnah dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags Bericht erstatten und den Programmaufruf vorlegen, damit dieser die Mittel entsperrt. Gleichzeitig werden wir die Mitglieder im Bündnis bezahlbarer Wohnraum und weitere interessierte Verbände informiert halten.

Mit freundlichen Grüßen

*Sören Bartol*

Sören Bartol, MdB